In den Medien muss sich fast alles ändern. Darauf insistieren die NachDenkSeiten seit über zehn Jahren. Denn ihre Durchsetzung mit „Meinungsmache“ beschädigt die Demokratie. Inzwischen sind die Verwerfungen zwischen Medien und Mediennutzern gewaltig. Und so verwundert es nicht, dass eine Medienkritik entstanden ist, die grundsätzlicher Natur ist: „Sie akzeptiert das Selbstbild, das die „großen Medien“ von sich nach außen kommunizieren, nicht mehr. Die Rolle der Medien als „Hauptwirklichkeitsdeuter“ der Gesellschaft ist zerbrochen, ihr Welterklärungsmonopol ist in weiten Teilen aufgebrochen“, wie es im Telepolis-eBook „Medienkritik“ heißt. Auf der einen Seite setzen sich Mediennutzer mit der Berichterstattung teilweise im Detail auseinander, markieren die Schwachstellen und scheuen sich nicht, auf blinde Flecken und Manipulationen in der Berichterstattung hinzuweisen. Auf der anderen Seite erforschen Wissenschaftler wie etwa **Uwe Krüger** die „Meinungsmacht“ von Eliten-Netzwerken hinter den Kulissen unserer Medien und gehen der Frage nach, warum die veröffentlichte Meinung aktuell immer homogener wird. **Jens Wernicke** sprach mit ihm zum „Mainstream-Effekt“.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/160310_Medien_nicht_trauen_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Herr Krüger, nachdem Sie mit „Meinungsmacht: Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse“ im Jahr 2013 ganz schön für Furore gesorgt haben, legen Sie nun mit dem heute erschienenen „Mainstream: Warum wir den Medien nicht mehr trauen“ nach. Warum dieses Buch? Was war Ihre Motivation?

Im Jahr 2014, mit der Annexion der Krim durch Russland, brach eine wohl schon länger schwelende Vertrauenskrise zwischen großen Medien und Mediennutzern offen aus. Sehr viele Nutzer stellten die Deutungsmuster der Berichterstattung in Frage, und die Aufregung wurde damals befeuert von Daten aus meiner Dissertation zu Journalisten in US-nahen Eliten-Netzwerken, welche durch Alternativmedien wie Telepolis und die NachDenkSeiten sowie durch die ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“ weite Verbreitung fanden.

Das Jahr 2014 ging dann mit Pegida-Demonstrationen und „Lügenpresse“-Rufen zu Ende –

Medienkritik kommt seitdem massiv sowohl von links als auch von rechts, sie beklagt jeweils die Homogenität der Medieninhalte und die Konformität mit der Regierungspolitik, und sie ist oft verbunden mit fundamentaler Systemkritik.

In meinem Buch versuche ich nun zu erklären, warum sowohl Leser der NachDenkSeiten als auch Pegida-Anhänger den großen Medien das Vertrauen entzogen haben – und zugleich empathisch mit den Journalistinnen und Journalisten zu sein, die in der Vertrauenskrise oft etwas ratlos aussehen und überzeugt sind, einen guten Job zu machen.

Diesmal geht es ja weniger um Elitennetzwerke, sondern um das, was wohl jedermann wahrzunehmen vermag: Dass der Korridor der veröffentlichten Meinung inzwischen so schmal ist wie kaum je zuvor. Von medialer Pluralität kann bei vielen Themen inzwischen keine Rede mehr sein und gerade in Bezug auf Krieg und Frieden sowie Arm und Reich gibt es kaum mehr Abweichungen zur Eliten-Propaganda. Hat sich die Situation seit 2013 denn weiter zugespitzt? Ich meine: Die skizzierten Gedanken hatten Sie sich ja bereits für „Meinungsmacht" gemacht. Was hat sich verändert seitdem? Warum legen Sie nach?

Auf jeden Fall ist die Wut der Mediennutzer größer geworden und das Empfinden gewachsen, dass der Meinungskorridor zu eng ist. Ich glaube, dass der Mainstream – also die dominanten Narrative in der Mehrzahl der großen Medien – in engem Zusammenhang mit dem Elitendiskurs steht, also dass die Meinungsspanne in den Medien ungefähr der Meinungsspanne in der politischen Elite entspricht.

Nun haben sich die etablierten Parteien in vielen inhaltlichen Fragen einander angenähert: die SPD ist wirtschaftsliberaler, die CDU ökologischer und die Grünen sind militärfreundlicher geworden. De facto haben wir, so sagt es auch der ZEIT-Vizechefredakteur *Bernd Ulrich*, in den wesentlichen Fragen eine schwarz-rot-grüne Koalition. Die weist auch in Sachen Freihandel, Waffenexporte, Auslandseinsätze und Kampfdrohnen große Schnittmengen auf und hat zum Beispiel in der Ukraine-Krise einen harten transatlantischen Kurs gefahren, weit entfernt von der alten sozialdemokratischen Ostpolitik und einem Interessenausgleich mit Russland.

In vielen politischen Fragen gibt es große Klüfte zwischen der Bevölkerungsmeinung und der Elitenmeinung – und die großen Medien werden eher als Transmissionsriemen des Elitendiskurses wahrgenommen denn als Anwalt der Bevölkerung. Viele Nutzer, sowohl im linken als auch im rechten Spektrum, haben außerdem das Gefühl, dass die Journalisten nicht ihre Augen und Ohren sind, die mit unverstelltem Blick versuchen Wirklichkeit abzubilden, sondern dass sie sich als ihre Lehrer gebärden, als Volkspädagogen, die Gut-

Böse-Geschichten erzählen und sie von den angeblichen Notwendigkeiten und Alternativlosigkeiten der jeweiligen Regierungs- oder Bündnispolitik überzeugen wollen.

Der Elitenforscher Michael Hartmann spricht schon seit längerem von einer „Verbürgerlichung der Politik“ und meint damit einen Prozess, dass unsere Eliten immer homogener würden. Konkret gibt es nicht nur unter den politischen Eliten immer weniger „Aufsteiger“. Auch spülen die immensen Prozesse der Kapitalkonzentration allerorten immer mehr Macht in die Hände von immer weniger Menschen. Ist so etwas auch in Bezug auf die Medienlandschaft zu beobachten? Handelt es sich hierbei ggf. um den Faktor „politische Ökonomie“ hinter der zunehmenden Verengung des Meinungskorridors?

Sicherlich spielt die politische Ökonomie eine große Rolle. Während die Kluft zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft wächst, wachsen auch in den Redaktionen die Unsicherheit und die Angst vor Arbeitsplatzverlust – was laut Umfragen die Bereitschaft beeinträchtigt, nonkonformistisch zu berichten.

Die Tageszeitungen haben einen massiven Einbruch der Werbeeinnahmen seit dem Jahr 2000 erlitten, in den Redaktionen regiert der Rotstift, während PR und Lobbyismus immer mehr aufrüsten. Und wir haben auf dem Tageszeitungsmarkt inzwischen einen Höchstwert an Eigentümer-Konzentration.

Und auch mit der Verbürgerlichung sprechen Sie ein wichtiges Thema an. Journalisten sind nämlich von ihrer Milieuzugehörigkeit kein verkleinertes Abbild der Gesellschaft, sondern bilden eine relativ homogene Szene. Sie sind überwiegend Mittelschicht-Kinder aus gesicherten Verhältnissen und haben Hochschulabschluss. Soziokulturell gehören sie zum großen Teil einem liberal-intellektuellen Milieu mit postmaterialistischen Werten an. Das prägt natürlich den Habitus, die Perspektive auf die Welt und die Fragen, die man sich stellt. Vor allem die leitenden Journalisten großer Medienhäuser, so hat es der Medienwissenschaftler *Lutz Hachmeister* bereits 2002 festgestellt, würden heute mehr denn je einer verblüffend homogenen politisch-kulturellen Führungsschicht angehören. Und er fragte sich damals schon, ob dieses „spätbürgerliche Establishment“ von Entscheidern aus Politik, Wirtschaft und Kultur „die Entfremdung breiter Bevölkerungsschichten von den formaldemokratischen Ritualen überhaupt mitbekommt“.

Welche Mechanismen verorten Sie denn darüber hinaus, die uns die Medienmisere, mit der wir konfrontiert sind, beschwert haben? Welche Prozesse laufen da wo genau ab? Welche Instanzen und Institutionen filtern Meldungen, die wir nicht wahrnehmen sollen, aus der Darstellung heraus?

Mir ist wichtig festzuhalten: Es gibt keinen Puppenspieler, Journalisten sind keine fremdgesteuerten Marionetten. Aber sie stecken in bestimmten Zwängen und Routinen der Nachrichtenproduktion, stehen unter permanentem Aktualitätsdruck, orientieren sich an Konkurrenzmedien und an Nachrichtenagenturen, und sie folgen in der Themenagenda und bei der Rahmung dieser Themen oft den Vorgaben der Politik-Elite. Wenn es einen Konsens innerhalb der Elite gibt, erfahren Mediennutzer häufig nichts über mögliche Alternativen, und dann wird auch selten die Gültigkeit der Argumente aus dem Eliten-Diskurs hinterfragt. Kritik wird dann allenfalls an taktischen Details geübt, nicht an der großen Strategie.

Darüber hinaus findet offensichtlich in Hintergrundkreisen, elitären Vereinen, Think Tanks, exklusiven Konferenzen und anderen Orten vertraulicher Begegnung ein Abgleich der Perspektiven statt. Dieser lässt Journalisten oft zu Politiker-Verstehern werden, die die Fragen des Publikums nicht mehr stellen, die Rücksichten nehmen und sich für das Gelingen einer bestimmten Politik mitverantwortlich fühlen. Eine solche „Verantwortungsverschwörung“, wie ich es zugespitzt nenne, sah man in jüngster Zeit bei Themen wie Ukraine und Russland, Griechenland und Schuldenkrise sowie bei der Flüchtlingskrise: Journalisten im Gleichklang mit der Regierung gemeinsam gegen Putin, Syriza, Pegida, ohne ernsthaft die Perspektiven dieser Herausforderer unseres Establishments zu spiegeln und die Gültigkeit ihrer Argumente zu erörtern.

Interessanterweise gab es in der Bundesrepublik schon einmal einen „Konsensjournalismus“, wie die Historikerin Christina von Hodenberg festgestellt hat – und zwar im ersten Nachkriegsjahrzehnt, als es den Eliten darum ging, den jungen, verwundbaren Staat zu schützen und den prekären inneren Frieden zu erhalten. Erst als das Land stabil genug war, entstand eine kritischere, stärker polarisierte Öffentlichkeit. Wenn jetzt die Meinungsspanne offenbar wieder zusammengeschnurrt ist, hängt das wohl auch mit dem permanenten Krisenzustand zusammen, in dem sich Europa und die westliche Welt befindet.

Können wir den Prozess von einem Ereignis vielleicht einmal anhand eines konkreten Beispiels durchsprechen? Mich würde interessieren, was zwischen Ereignis und mir als Nachrichtenkonsumenten alles geschieht und an welchen „Schaltstellen“ hierbei jeweils ein Filter aufgesetzt, ein Narrativ nachgebessert, eine Sache verschwiegen etc. werden kann – und ja, natürlich, wie das konkret geschieht.

Nehmen wir die Ukraine-Krise, für mich die Initialzündung für den Massenaufstand der Mediennutzer. Da gibt es Ende 2013 in Kiew Proteste gegen den Präsidenten Janukowitsch, der ein geplantes Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnet hat. Die

deutschen Medien sympathisieren mit den Maidan-Demonstranten, denn die sind offenbar pro-westlich und wollen ein kleptokratisches Regime loswerden.

Die Demonstrationen schwellen an, und es bricht zunehmend Gewalt aus. In den Medien wirkt es so, als ob dafür vor allem die Polizei verantwortlich ist – die rechtsextremen Kräfte, die den Maidan radikalisieren, kommen kaum vor. Dazu beigetragen hat sicherlich auch Lobbyismus, etwa von Seiten der Heinrich-Böll-Stiftung: Die verbreitete einen seltsam besserwisserischen und in sich widersprüchlichen Aufruf von 38 Maidan-nahen Ukraine-Experten, die Medien sollten die Rechtsextremen auf dem Maidan nicht „überbewerten" oder „fehlinterpretieren", denn diese freiheitliche Bewegung spiegle „in gewisser Hinsicht die gesamte ukrainische Bevölkerung wieder".

Der große Held des Maidan in den deutschen Abendnachrichten und in der Bild-Zeitung ist – obwohl er real in der Opposition nur eine Nebenrolle spielt – Vitali Klitschko. Er spricht Deutsch, der Zuschauer kennt ihn aus dem Boxring und Klitschko wird von Angela Merkel, den konservativen Parteien in der EU und der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt. Er ist „unser Mann" in Kiew und soll neuer Präsident werden.

„Fuck the EU", sagt Victoria Nuland, Vizeaußenministerin der USA, zum US-Botschafter in Kiew am Telefon. Sie will nicht Klitschko, den Favoriten der EU, am Steuer sehen, sondern Arsenij Jazenjuk, der schon länger gute Beziehungen zur NATO und den USA unterhält und seit 2007 über seine Stiftung „Open Ukraine" unter anderem Gelder des US-Außenministeriums, der NATO und dem German Marshall Fund of the United States verteilt. Die deutschen Medien regen sich kurz über Nulands Schimpfen auf die EU auf, aber der Dissens innerhalb der „westlichen Wertegemeinschaft" über das künftige Führungspersonal des Landes, die dahinterstehenden geopolitischen Interessen und die Demokratieexport-Bemühungen der westlichen Akteure werden nicht tiefer recherchiert oder analysiert. Man ist fokussiert auf Putin und seine Einmischung in der Ukraine.

Dann gibt es rätselhafte Scharfschützenmorde an Demonstranten. Sofort wird das Janukowitsch in die Schuhe geschoben und dieses Narrativ hält sich bis heute, obwohl journalistische Recherchen und eine Studie gezeigt haben, dass die meisten Schüsse aus Gebäuden kamen, die zur fraglichen Zeit in der Hand des Rechten Sektors waren, und die jetzige ukrainische Justiz keine ernsthaften Ermittlungen in dieser Sache durchführt.

Dann flieht Janukowitsch außer Landes und die Eliten des Maidan übernehmen die Macht im Lande. Janukowitsch, rechtmäßig gewählter Präsident, wird vom Parlament mit einer einfachen Abstimmung abgesetzt. Das war ein Verfassungsbruch – es hätte eigentlich ein Amtsenthebungsverfahren geben müssen. Macht nichts, sagen deutsche Leitartikler, die

revolutionäre Situation entschuldige solche Petitessen. Hauptsache, die Ukraine ist endlich auf dem Weg nach Europa.

Dann annektiert Putin die Krim – wenn die NATO in Gestalt von Jazenjuk jetzt im Nachbarland einzieht, muss er um seinen Schwarzmeerhafen fürchten. Dieser Völkerrechtsbruch verursacht einen Aufschrei in den deutschen Medien, der so laut bei völkerrechtswidrigen Angriffs- und Drohnenkriegen des Westens nicht erklingt.

Ich spitze zu und mache hier bewusst eine Gegenerzählung auf, die die blinden Flecken der Ukraine-Berichterstattung betont und auch nicht das ganze Bild transportiert. Mein Punkt ist aber, dass sich der mediale Mainstream kaum von Fakten irritieren lässt, die nicht ins vorgefertigte Narrativ passen.
Bei geopolitischen Konflikten heißt dieses Narrativ – um mal einen Buchtitel von Mathias Bröckers und Paul Schreyer zu zitieren – „Wir sind die Guten“. Es gibt eine unterschwellige Identifikation mit den eigenen politischen Eliten und eine tendenzielle Dämonisierung und Delegitimierung der jeweiligen Gegenspieler.

Neulich erst las ich im Spiegel eine Anti-Putin-Geschichte über den Krieg in Syrien, in dem Putins außenpolitische Ambitionen auch mit dem Georgien-Krieg 2008 illustriert werden. Das passte schön in die Erzählung von der bedrohlichen Expansion Russlands und Putins Provokationen. Aber eine internationale Untersuchungskommission der EU sowie die OSZE haben nach diesem Krieg festgestellt, dass der georgische Präsident Saakaschwili damals der Aggressor gewesen ist. Das hat sogar ein Mitautor des jetzigen Spiegel-Artikels damals auf Spiegel Online vermeldet. Und der Spiegel hat zudem eine Fact-Checking-Abteilung mit über 70 Dokumentaren!

Man kann diese selektive Wahrnehmung mit westlicher Sozialisation und kognitiven Prägungen aus dem Kalten Krieg erklären oder mit der Einbindung leitender Journalisten in transatlantische Netzwerke und die dort ablaufenden Diskurse. Oder damit, dass die Journalisten einfach der PR bzw. Propaganda der eigenen Eliten auf den Leim gehen. Oder dass sie aus Verkaufsgründen simple Geschichten mit steilen Thesen erzählen wollen. Aber für mich steht fest: Es gibt diese Einseitigkeiten, blinden Flecken und doppelten Standards, woher auch immer sie nun rühren. Es *gibt* diese „Bündnisrücksichten“, wie es der ehemalige ZDF-Nahost-Korrespondent Ulrich Tilgner ausdrückte, als es ihm beim ZDF zu regierungskonform wurde und er zum Schweizer Fernsehen wechselte. Und es gibt diesen Märchen-artigen Tenor, dass „Gut gegen Böse“ kämpfe, anstatt dass nüchtern und neutral das Ringen von Interessen gegen Interessen dargestellt wird. Und das untergräbt das Vertrauen der Nutzer in die Medien.

Uwe Krüger: "Unabhängigkeit in Gefahr? Deutsche Top-Journalisten und transatlantische Netzwerke"

Die Anstalt: Das Netzwerk der korrupten deutschen Journalisten nach Uwe Krüger

Im Buch skizzieren Sie das komplexe Problem „Vertrauensverlust in die Medien" ja als Resultat einer Mischung aus der Prekarisierung von Journalisten, von Machthierarchien in den Redaktionen und Verlagen sowie dem Einfluss von Elitennetzwerken, mächtigen Lobbys und PR-Agenturen auf Medien- und Medienmacher. Sie sprechen aber auch eine Art „journalistischen Opportunismus" an, ob dessen Sie einen Wandel des journalistischen Selbstverständnisses „vom Aufpasser zum Anpasser" konstatieren. Wie meinen Sie das?

Nun, es gibt zwei repräsentative Befragungen deutscher Journalisten, die wurden 1993 und 2005 durchgeführt. Dort wurde unter anderem nach dem Rollenverständnis und den Zielen der Journalisten gefragt. Es zeigte sich, dass die Ambitionen abgenommen haben, Kritik und Kontrolle auszuüben, Themen selbst auf die Agenda zu setzen und sich für die Benachteiligten in der Bevölkerung einzusetzen. Mit zunehmendem technischen, wirtschaftlichen und zeitlichen Druck hat das Leitbild des reinen Informationsjournalisten und Content-Managers an Dominanz gewonnen.

Im Buch beschreiben Sie auch den Dialog der ZDF-Journalistin Dunja Hayali mit einer wütenden Besucherin einer AfD-Kundgebung und konstatieren schließlich, dieser ginge es bei ihrer Medienkritik ganz offensichtlich nicht, wie stets behauptet, „um Lügen im Sinne falscher Sachverhaltsaussagen, es geht um die Perspektive, um den Blickwinkel, den Standpunkt: Ihre Sicht ist nicht meine Sicht! Ihre Position im System ist nicht meine Position! Ihr Interesse ist nicht mein Interesse!". Das bedeutet doch aber: Bei Pegida äußert sich eigentlich ein sozialer Konflikt, der dank all der rassistischen Aufladung dann aber kanalisiert und umgeleitet wird. Hinter der sichtbaren Oberfläche geht es nicht nur um konkrete soziale Nöte, sondern – und einmal aus Klassenperspektive auf die Lage geschaut – zumindest auch um Widerstand des „Unten" gegen die Missachtung, Ausbeutung und Ausgrenzung durch das „Oben", also etwa dagegen, dass Armut und Elend im

Mainstream schöngeschrieben oder totgeschwiegen werden…

In der Vertrauenskrise äußert sich auf jeden Fall ein Konflikt zwischen „oben“ und „unten“ – und diejenigen, die unten sind oder sich dort wähnen, entziehen dem Journalismus ihr Vertrauen auch deshalb, weil dieser tendenziell die Perspektive des Establishments einnimmt und dessen Diskurs reflektiert, und eher selten eigenständig gesellschaftliche Probleme „von unten“ ins politische System hineinträgt.

Bei den Medien wird also viel Frust über die Politik abgeladen, weil Medien Politik transportieren, erklären, sie rational bis alternativlos erscheinen lassen. Man muss da genau unterscheiden, welche Kritik an wen gerichtet ist.

Was müsste geschehen, damit die Bürger das Vertrauen in die Medien zurückgewinnen? Was täte not? Was raten Sie Medienmachern und Medienkritikern; sehen Sie da eine zielführende Strategie?

Ich wünsche mir einen sachlichen und konstruktiven Dialog mit weniger Emotionen und ohne wechselseitige Verachtung. Das heißt auf Seiten der Nutzer: Die Wut hintanstellen, Kritik möglichst faktenbezogen und mit Klarnamen anbringen. Das heißt auf Seiten der Medienmacher: Zuhören – das machen ja auch manche schon, wie etwa Dunja Hayali. Und auch bei NDR Zapp, Spiegel und ZEIT sehe ich Bemühungen, dem Zerwürfnis auf den Grund zu gehen.

Generell denke ich, dass sich die Medien stärker vom Elitendiskurs entkoppeln und mehr als bisher selbst recherchierte Themen wie soziale Konflikte auf die Agenda setzen müssten. Gut wäre es auch, wenn Berichterstattung weniger aufgeregt, weniger emotional und weniger moralisierend würde. Was in vielen Fällen fehlt, ist Unparteilichkeit und Ausgewogenheit – sowie Recherche. Es ist schon schwer genug, die Welt zu beschreiben und Klarheit auf der Sachverhaltsebene herzustellen. Wenn dann aber auf der Deutungsebene ein – auch ökonomisch begründeter – Wettlauf um die steilste These und das schärfste Urteil dazukommt, weil man ständig das Empörungspotenzial beim Publikum abrufen will, ist das nicht vertrauensbildend. Denn um die steile These zu belegen, muss man meist viele Informationen ausblenden – nämlich die, die nicht dazu passen. Viele Leute wollen aber vor allem unvoreingenommene Information und nüchterne Analyse, um darauf aufbauend ihr eigenes Urteil zu fällen.

Ich bedanke mich für das Gespräch.

Uwe Krüger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Journalistik an der Universität Leipzig. Sein Buch "Meinungsmacht" (Halem-Verlag, Köln 2013) über die Netzwerke der Alpha-Journalisten im Eliten-Milieu ist breit diskutiert worden. Unter anderem wurden seine Ergebnisse von der ZDF-Satiresendung "Die Anstalt" in ihrem inzwischen legendären Sketch "Qualitätsjournalismus" aufgegriffen.

Weiterlesen:

- NachDenkSeiten-Interview: „Wenn Regierungen lügen und Medien mitmachen"
- NachDenkSeiten-Interview: „Ja, lügen die Medien denn nun oder nicht?"
- NachDenkSeiten-Interview: „Keine Demokratie ohne Demokratisierung der Medien!"
- NachDenkSeiten-Interview: „Der Niedergang des Journalismus"
- Artikel: "Das Propagandamodell der Medien nach Noam Chomsky und Edward S. Herman"
- Artikel: „Herstellung von Konsens: Noam Chomskys Theorie der kapitalistisch gleichgeschalteten Massenmedien"
- Ausarbeitung: „Die Medienanalyse von Edward S. Herman und Noam Chomsky und ihre Anwendbarkeit auf die deutsche Medienlandschaft"
- Artikel: Noam Chomsky: „What Makes Mainstream Media Mainstream"
- Buch: Walter van Rossum: „Schwarzbuch Deutschland. Das Handbuch der vermissten Informationen"
- Buch: Noam Chomsky: "Necessary Illusions: Thought Control in Democratic Societies"
- Buch: Noam Chomsky: „Media Control: Wie Medien uns manipulieren"
- Buch: Noam Chomsky: "Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass

Media”

Weitere Veröffentlichungen von **Jens Wernicke** finden Sie auf seiner Homepage jenswernicke.de. Dort können Sie auch eine automatische E-Mail-Benachrichtigung über neue Texte bestellen.